

Bündnisse in kriminalpräventiven Netzwerken

Andreas Klink, Thomas Rüth

Zusammenfassung

Der Artikel beruht auf einem Workshop und einem Vortrag während der Tagung „Kluge Wege der Vernetzung“ vom 2. bis 4. März 2017 an der Universität Witten/Herdecke. Er beschreibt die Etablierung von Vernetzungs- und Bündnisstrukturen anhand eines spezifischen kriminalpräventiven Netzwerks, das seit 2011 in einem Essener Stadtteil entstanden ist. Meilensteine bei der Etablierung dieses Netzwerks sind zum einen eine aufsuchende Befragung und zum anderen der daraus resultierende Aufbau des Netzwerkes und die langjährige Kooperation der Netzwerkpartner im Rahmen von Maßnahmen, Aktionen und Interventionen.

Anlass

Zwischen Frühjahr und Herbst des Jahres 2010 berichteten die lokalen Medien in Essen immer wieder negativ über den Stadtteil Altenessen und insbesondere den dortigen Bahnhof. In den Medien wurde der Bahnhof als Angstraum beschrieben, in dem Drogenhandel, Schlägereien und Diebstähle an der Tagesordnung seien. Anwohnerinnen und Anwohner im Stadtteil äußerten in der Presse massive Ängste davor, Opfer von Kriminalität zu werden. Teile des Stadtteils und vor allem der Bahnhof galten als rechtsfreier Raum. Der Polizei und anderen Ordnungsbehörden wurde Tatenlosigkeit bis hin zu Machtlosigkeit unterstellt. Wut, Ratlosigkeit oder gar Resignation prägte in dieser Zeit die Stimmung im Stadtteil. Insbesondere eine Gruppe von Jugendlichen wurde häufiger als Verursacher bedrohlicher Situationen beschrieben. Bei dieser Gruppe handelte es sich um Jugendliche libanesischer bzw. türkischer und kurdischer Herkunft, die der Volksgruppe der Mhallamiye¹ zugeordnet werden.

Anliegen und Auftrag

Der Fokus auf Jugendliche führte dazu, dass die beschriebene Situation als eine besondere Form der „Jugendkriminalität“ etikettiert wurde und damit u. a. die Zuständigkeit des Jugend-

1) Mhallamiye-Kurden lebten ursprünglich in Südostanatolien, sind arabischsprachig und zogen zwischen 1920 und 1940 aus wirtschaftlichen Gründen in den Libanon. Dort wurden sie in der Regel nicht eingebürgert und kamen dann zwischen 1975 und 1990 als Bürgerkriegsflüchtlinge nach Deutschland. Ihre soziale Situation ist seither stark geprägt durch eine unklare Staatsbürgerschaft, die nur zum Teil zu einer Einbürgerung geführt hat. Die größten Mhallamiye-Gemeinden gibt es heute in Berlin, Essen und Bremen.

amtes gefordert wurde. Dies brachte es mit sich, dass Parallelen zu einer zeitlich früheren und vergleichbaren Situation in einem anderen Essener Stadtteil gezogen wurden.

Mitte der 1990er Jahre nahm im benachbarten Stadtbezirk VI (u. a. Katernberg) die Straßenkriminalität mit Bandenbildung und Raubüberfällen besorgniserregend zu. Als verantwortlich galten hier insbesondere Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, deren soziale Situation seinerzeit als marginalisiert beschrieben wurde. In dieser Situation schlossen sich viele der im Umfeld des Stadtteils tätigen Institutionen zusammen und entwickelten eine kombinierte Mehrfachstrategie aus Prävention, Hilfsangeboten und konsequenten Sanktionen. Dies geschah auf der Basis flexibler problem- und anlassbezogener Interventionen und ohne ein bürokratisiertes Handlungskonzept. An dem so gebildeten Netzwerk beteiligten sich seinerzeit Polizei, verschiedene Einrichtungen, Jugendamt, Kirchen, Schulen, Kindergärten und im weiteren Verlauf auch lokale islamische Gemeinden.

Für unsere Einrichtung, das Jugendhilfe Netzwerk der AWO Essen, besitzt der Aufbau des Katernberger Netzwerks eine besondere Bedeutung. Im Zuge der Netzwerketablierung entschied sich die AWO Essen seinerzeit das Jugendhilfe Netzwerk zu gründen – als Anlaufstelle für sozial benachteiligte Jugendliche im Stadtteil. Seit dieser Gründung im Jahre 1997 blickt unsere Einrichtung nun auf eine 20-jährige Geschichte und vielfältige Erfahrungen mit (kriminalpräventiven) Netzwerken zurück. Diese Expertise und auch die Rolle als sozialräumlich verankerter Partner des Jugendamtes im Stadtteil Altenessen führten dazu, dass sich das Jugendamt in der akuten medial vermittelten Krisensituation in 2010 dazu entschied, dem Jugendhilfe Netzwerk finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Anliegen des Jugendamtes war es, diese Mittel für eine Klärung der Situation im Stadtteil zu nutzen. Als gemeinsamer Auftrag ergab sich für uns daraus so etwas wie ein „Stadtteilclearing“.

1. Phase: Aufsuchende Befragung

In der Reflexion des Auftrags befürchteten wir, dass die Bewältigung der krisenhaften Situation durch ein Clearing nicht aus allen Perspektiven als ausreichend handlungsorientiert wahrgenommen werde würde. Insofern ergab sich vergleichsweise schnell ein weiterer – selbst gestellter – Auftrag, sowohl Handlungsoptionen zu entwickeln als auch schon erste Grundlagen für spätere Lösungshandlungen zu bilden. Im Vordergrund stand dabei unser Bedürfnis, der konstatierten Machtlosigkeit im Stadtteil erneute Handlungsfähigkeit und konsequente Ressourcenorientierung entgegenzusetzen. So entstand früh die Idee, möglichst viele Akteure, besonders aber die betroffenen Bewohner, im Stadtteil an dem Clearingprozess zu beteiligen. Als Methode entschieden wir uns für eine aufsuchende Befragung.

Diese Befragung wurde in der Zeit vom 15. November bis 23. Dezember 2010 im gesamten Stadtteil durchgeführt – insgesamt 359 Interviews mit 410 Befragten aus unterschiedlichen Gruppen. Befragt wurden sowohl Bürgerinnen und Bürger (in öffentlichen Räumen und in ihren Wohnungen) als auch Angehörige von Institutionen im Stadtteil, Inhaber und Mitarbeiter von Geschäften an zentralen Orten sowie Jugendliche in Jugendtreffs und Jugendhäusern. Gefragt haben wir nach den Einschätzungen und Verbesserungsvorschlägen zur Sicherheit im Stadtteil. Zusätzlich sollten die Befragten auch jeweils angeben, ob und wie sie sich an möglichen Aktivitäten zur Verbesserung der Situation beteiligen würden. Alle Antworten sind anhand eines Kategoriensystems in verschiedene Ober- und Unterkategorien klassifiziert worden (vgl. Klink & Rüth, 2011b).

Ergebnisse der Befragung

Über alle Gruppen hinweg beurteilte ca. die Hälfte der Befragten die Sicherheitssituation im Stadtteil negativ – die andere Hälfte entsprechend als neutral oder positiv. In den Subgruppen war der Anteil an negativen Sicherheitseinschätzungen bei den befragten Bürgerinnen und Bürgern höher und bei den in Jugendtreffs kontaktierten Jugendlichen geringer. Letztere gehörten teilweise selbst der als problematisch beschriebenen Gruppe an. Die negativsten Einschätzungen formulierten jugendliche Bürgerinnen und Bürger. Sie sahen sich teilweise in ihrem Alltag – auf dem Schulweg, in der Schule und in der Freizeit – immer wieder unmittelbar mit Angehörigen der als problematisch beschriebenen Gruppe konfrontiert.

Bei der Schilderung von als problematisch erlebten Situationen beschrieben die Befragten in erster Linie problematische Verhaltensweisen wie Pöbeleien, Aggressionen und Provokationen. Kriminelles Verhalten wie Raub, Betrug, Diebstahl, Überfall, Erpressung wurde ähnlich selten benannt wie Schlägereien, Messerstechereien, Gewalt oder Schießereien. Allein 12,0% aller befragten Personen waren selbst schon einmal von Kriminalität betroffen. In einem Fünftel der Interviews gaben die befragten Bürgerinnen und Bürger an, sich in ihrem Alltagsverhalten den als unsicher eingeschätzten Bedingungen angepasst zu haben, d. h., sie mieden ab einer bestimmten Uhrzeit Orte, die sie als unsicher empfanden, oder sie begleiteten ihre Partner und Kinder auf deren Wegen im Stadtteil. Neben selbst erlebten oder medial vermittelten kritischen Erlebnissen trug in der Wahrnehmung der Bürgerschaft auch das allgemeine Erscheinungsbild der als unsicher erlebten Orte zu einem Gefühl der Beklemmung und Bedrohung bei, z. B. durch schlechte Ausleuchtung des öffentlichen Raums, Bauruinen und ein hohes Ausmaß an Vermüllung.

Als mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation wurden zum einen ordnungspolitische Aktivitäten durch Polizei und andere Behörden benannt. Insbesondere die befragten Bürgerinnen und Bürger wünschten sich schlicht mehr Polizeipräsenz. Die befragten

professionellen Helferinnen und Helfer bevorzugten dagegen die Intensivierung der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil als geeignete Maßnahme zu Verbesserung der Situation. Weitere Ergebnisse der Befragung werden bei Klink & Rüth (2011a) zusammengefasst.

Vergleicht man die Interviewberichte mit offiziellen Daten aus der Polizeistatistik, so wird der Eindruck der Befragten bestätigt, denn die Eingangsstatisik der lokalen Polizeiinspektion wies zu dieser Zeit keine überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung bei Straftaten von besonderem Ausmaß aus. Da wo Straftaten begangen wurden, deckten sich die einzelnen Tatorte mit Orten, die auch Bürgerinnen und Bürger als unsichere Räume benannten. Jenseits von Straftaten hatte sich bei den Bürgerinnen und Bürgern allerdings ein Eindruck verfestigt, nach dem Jugendliche aus bestimmten Gruppen einen Gebietsanspruch für sich proklamieren – und sich somit ein rechtsfreier Raum entwickelt hatte. Geografisch konzentrierten sich die problematischen Orte dabei entlang einer Hauptstraße, die mitten durch den Stadtteil führt und an der auch die U-Bahn verläuft. Auf dieser zentralen Achse im Sozialraum begegneten sich alle Gruppen auf ihren alltäglichen Wegen und bei der Wahrnehmung ihrer jeweiligen Interessen. Und entlang dieser Achse kam es auch immer wieder zu Konflikten zwischen einzelnen Gruppen. Auch die als problematisch beschriebenen Jugendlichen trafen sich an Orten entlang dieser Achse (z. B. am Bahnhof oder im Park) und bewegten sich entlang dieser Hauptstraße durch den Stadtteil. Diese Konzentration auf einen relativ kleinen geografischen Raum mit einer Länge von ca. 2 km zwischen dem Bahnhof und einem Platz am Ende eines Einkaufszentrums erleichterte im weiteren Verlauf die Etablierung von Interventionen.

In den Interviews mit den ortsansässigen Geschäftsleuten und mit den Vertretern von Institutionen wurden über das bislang Gesagte hinaus zwei Aspekte deutlich. Zum einen hatte die mediale Berichterstattung aus der Sicht der Geschäftsleute vor Ort viel dazu beigetragen, dem Stadtteil ein negatives Image zu geben, was in Folge zu der Entwicklung von subjektiven Unsicherheitsgefühlen in der Bevölkerung führte. Dies wurde auch häufiger von der Bürgerschaft benannt. Jenseits der Tonlage in der medialen Berichterstattung trugen zudem Ereignisse wie der Abbruch der jährlichen Frühjahrskirmes oder öffentlich ausgetragene Familienstreitigkeiten in der Mhallamiye-Gemeinde mit entsprechenden polizeilichen Großeinsätzen dazu bei, die Attraktivität des Stadtteils deutlich zu reduzieren. Zum anderen benannten die Vertreter von Institutionen im Stadtteil immer wieder vorhandene Aktivitäten und Angebote oder erklärten sich bereit, durch zusätzliche Angebote aktiv an positiven Veränderungen mitzuwirken. Beispielsweise gab es im Vorfeld bereits Angebote für Jugendliche in und außerhalb von Jugendhäusern, die weitgehend unbekannt waren, oder die Vertreter von islamischen Gemeinden und Migrantenselbstorganisationen boten an, eigene Angebote für Jugendliche im Stadtteil zu installieren.

Handlungsempfehlungen

Auf der Basis der Befragungsergebnisse und weiteren Interviews mit zentralen Akteurinnen und Akteuren im Stadtteil haben wir 10 Handlungsempfehlungen formuliert. Diese Empfehlungen werden an anderer Stelle detailliert beschrieben (vgl. Klink & Rüth, 2011a) und werden daher hier in aller Kürze zusammengefasst. Unsere Kernempfehlung war die Installation eines Stadtteilmanagers für einen Zeitraum von fünf Jahren, der alle anstehenden Veränderungsaktivitäten und vorhandene Ressourcen koordinieren sollte. Insbesondere wurden folgende Aktivitäten empfohlen: eine starke Polizeipräsenz u. a. flankiert durch konsequente Gefährdungsansprachen und begleitet durch eine Reihe von im weitesten Sinne sozialpädagogisch motivierten Maßnahmen wie die Schaffung einer Personalstelle eines „Jugendscouts“, die (finanzielle) Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen bei der Installation von Angeboten im Stadtteil, die Intensivierung und Koordination von Angeboten der Elternbildung, die Einrichtung von regelmäßigen Quartierskonferenzen in als problematisch beschriebenen Wohnquartieren und das regelmäßige Angebot von Dialogveranstaltungen an zentralen Treffpunkten.

Bezogen auf die als problematisch beschriebene Gruppe von Jugendlichen (und Erwachsenen) aus der Mhallamiye-Gemeinde haben wir empfohlen, ein bereits vor längerer Zeit für diese Zielgruppe entwickeltes Handlungs- und Integrationskonzept konsequenter als bislang anzuwenden. Dieses Handlungskonzept trägt den Titel „Chancen bieten, Grenzen setzen!“ und unsere Empfehlung bezog sich auf beide Aspekte des Konzeptes – im Sinne einer Handlungsleitlinie, die sich auch als „fördern und fordern“ beschreiben lässt. Zudem galt es aus unserer Sicht weiterhin, die teilweise sehr fragwürdige aufenthaltsrechtliche Situation von Jugendlichen (Duldung, Fiktionsbescheinigung) zu verändern, um deren Zukunftsperspektiven zu verbessern.

Unsere letzte Handlungsempfehlung legte nahe, die durch die Befragung aktivierten Ressourcen – und durchaus auch geweckte Bedürfnisse – zeitnah zu nutzen und entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Hier war in der Befragung der Eindruck entstanden, dass sowohl die Bürgerschaft als auch die Vertreter von Institutionen einerseits ein hohes Maß an Engagement für ihren Stadtteil zeigen wollten und andererseits den Glauben an die eigenen Veränderungsmöglichkeiten und die Veränderungsbereitschaft der städtischen oder politischen Akteure bereits deutlich verloren hatten.

Die Befragungsergebnisse und Handlungsempfehlungen wurden der Bürgerschaft, der Politik und der Verwaltung in einer Reihe von Veranstaltungen vorgestellt. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich bereits eine interessante Veränderung in der Haltung der Akteure ergeben. Als wir zu Beginn der Befragung unser Konzept ebenfalls in Bürgerschaft, Politik und Verwaltung

vorstellten, hatte es deutliche Kritik an unserer Herangehensweise gegeben und die formulierte Erwartung war eher, dass der gewählte Weg zu nichts führen würde, eher „kosmetischer Natur“ sei und die bereitgestellten finanziellen Mittel an anderen Stellen im Stadtteil hilfreicher und zweckdienlicher einzusetzen seien. Nach der Präsentation der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen formierte sich sehr schnell eine große Unterstützung aus Politik und Verwaltung, und Maßnahmen wurden sehr zeitnah umgesetzt. Geholfen hat hier sicherlich auch, dass die örtliche Presse immer wieder über den Stand der Befragung informiert worden ist und teilweise auch die Befragungsaktivitäten begleitet hat. Insgesamt veränderten sich die Beschreibungen des Stadtteils merklich – sowohl bei den Gruppen im Stadtteil als auch in den Medien.

2. Phase: Etablierung eines kriminalpräventiven Netzwerks

Auf die Ergebnispräsentation folgte die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen. Trotz zunächst gegenteiliger Haltungen und Empfehlungen unsererseits wurde das Jugendhilfe Netzwerk der AWO mit der Koordination der weiteren Aktivitäten beauftragt und seitens der Stadt eine entsprechende halbe Personalstelle geschaffen. Die Koordinierungsaufgabe wurde durch Thomas Rüth übernommen.

Trotz der positiv veränderten Stimmung im Stadtteil gab es weiterhin Vorfälle im Spannungsfeld zwischen Pöbeleien, Provokationen, eskalierten Streitigkeiten und kriminellem Verhalten bis hin zu einzelnen großen Familienkonflikten in der Mhallamiye-Gemeinde und dem Abbruch der Frühjahrskirmes nach einer Schlägerei zwischen Jugendlichen. Den Vorfällen wurde mit der Einrichtung einer sogenannten „task force“ begegnet. Ziel war es hier zunächst, deutliche Signale gegen kriminelles, gewalttätiges oder unangemessenes Verhalten im Sozialraum zu setzen. Der sicherlich ambivalent besetzte Begriff einer „task force“ wurde später durch die Bezeichnung „Aktionsbündnis sicheres Altenessen“ – kurz „AsA“ – ersetzt, was auch eine leicht veränderte Ausrichtung mit sich brachte. Dies geschah paradoxerweise aufgrund der Intervention von Altenessener Bürgern.

Auf operativer Ebene wurde zunächst ein Koordinationsgremium gebildet, in dem Vertreter der AWO Essen, der Polizei und des örtlichen Jugendamtes gemeinsam agierten. Im weiteren Verlauf sind inhaltliche Einsatzschwerpunkte ausgearbeitet worden. Hier gab es zu Beginn einen deutlichen Schwerpunkt auf Sanktionen und Gefährdungsansprachen. In diesem Einsatzschwerpunkt kooperierten drei Beamte der Ermittlungsgruppe Jugend, sieben Bezirksbeamte und Vertreter der städtischen und verbandlichen Jugendgerichtshilfe miteinander. Parallel dazu wurden anlassbezogene Hausbesuche in betroffenen Familien durchgeführt, in denen sowohl mögliche rechtliche und ordnungspolitische Konsequenzen aufgezeigt als auch Unterstützung angeboten wurden. An diesen Hausbesuchen waren je nach

Anlass Polizeibeamte, der zuständige Jugendkontaktbeamte, Vertreter des städtischen Integrationsmanagements (teilweise libanesischer Herkunft), der Iman einer türkischen Gemeinde, Vertreter einer libanesischen Migrantenselbstorganisation (libanesischer Familienunion) und Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen der AWO beteiligt. Die Hausbesuche machten u. a. auch deutlich, dass es keine Bereitschaft mehr gab, über Vorfälle zu schweigen. Im späteren Verlauf nutzten insbesondere Schulen das Mittel der Hausbesuche konsequent. Gab es einen Vorfall in der Schule, wurde dieser dem Aktionsbündnis mitgeteilt, das seinerseits für eine zeitnahe Bearbeitung sorgte. Häufig wurde die Familie noch am gleichen Tag besucht, so dass Jugendliche teilweise bereits auf Jugendkontaktbeamte und Sozialpädagogen trafen, wenn sie am Nachmittag nach Hause kamen. Eltern konnten dabei sehr schnell als Bündnispartner gewonnen werden, da sie zumeist dankbar für die angebotene Unterstützung waren.

Über die Hausbesuche hinaus sind in einem dritten Einsatzschwerpunkt spezifische Angebote im Stadtteil installiert worden, die sich sowohl z. B. als Sportangebote an Jugendliche aus der als problematisch beschriebenen Gruppe richteten als auch z. B. als Angebote der aufsuchenden sozialpädagogischen Arbeit an ein gesamtes Familiensystem. Im Rahmen dieser Angebote kooperierten Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen der AWO und Sporttrainer mit allen relevanten Unterstützungssystemen im Stadtteil. Ziel war es hier, den Jugendlichen und ihren Familien zeitnah intensive Unterstützungsangebote anzubieten.

Ein vierter Einsatzschwerpunkt bezog sich eher auf den Stadtteil als Gesamtsystem. Hier stand die Kooperation mit im Stadtteil aktiven Quartiermanagern des Instituts für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen sowie die Intensivierung von etablierten Systemen der Bürgerbeteiligung (z. B. Altenessen-Konferenz) im Vordergrund. In diesem Schwerpunkt ging es um die fortwährende Beteiligung der Bürgerschaft an den Veränderungsprozessen im Stadtteil. Zur Erweiterung des Quartiermanagements gehörte u. a. auch die Einrichtung eines Quartierhausmeisters, der im Stadtteil unterwegs war und sich um kleine Reparaturen vor Ort kümmerte und die Beseitigung von Müll organisierte.

In einem letzten Einsatzschwerpunkt wurde verstärkt die Kooperation mit Ordnungsbehörden und dem Sicherheitsbeauftragten der Stadt Essen gesucht. Dieses Arbeitsfeld beinhaltete u. a. zeitnahe Reaktionen auf Ordnungsverstöße im öffentlichen Raum und auf Verletzungen des Ordnungsrechts durch Geschäftsleute und Vermieter. Hier wurden u. a. auch regelmäßige Schwerpunktkontrollen von Gaststätten, Kiosken, Teestuben, Internetcafés in unregelmäßigen Abständen koordiniert. Bei festgestellten Mängeln erfolgten Sanktionen bis hin zu Betriebsschließungen, um im Stadtbezirk einen hohen ordnungsrechtlichen Standard zu wahren.

Alle am Netzwerk beteiligten Institutionen konnten an den 14-tägigen großen Netzwerktreffen teilnehmen. Zusätzlich fanden im 14-tägigen Wechsel operative Zusammenkünfte der wesentlichen Netzwerkpartner Polizei, Jugendamt und AWO statt. Während der Treffen wurde jeweils die aktuelle Lage im Stadtteil besprochen und Lösungen für in der Zwischenzeit angefallene Ereignisse und Anlässe zunächst diskutiert und dann zeitnah umgesetzt. Gerade in der Anfangsphase des Aktionsbündnisses gab es darüber hinaus fast tägliche Telefonate der zentralen Akteure im Netzwerk. Abseits der Netzwerktreffen wandten sich Institutionen im Stadtteil bei aktuellen Anlässen kurzfristig an den Koordinator des Netzwerks, der dann zeitnah mit den zentralen Akteuren mögliche Lösungen besprach und jeweils die Umsetzung koordinierte. Beispielsweise kontaktierte eine Schule nach einem größeren Streit in der ersten Hofpause den Koordinator und bat um Unterstützung durch das Netzwerk. Dieser informierte andere potenziell zuständige Netzwerkpartner und gemeinsam mit der Schule wurde die Dringlichkeit einer Reaktion besprochen. Je nach Einschätzung wurde der Vorfall während des nächsten Netzwerktreffens besprochen oder es wurde eine zeitnahe Reaktion konzipiert.

Zusammenfassend betrachtet ging es in der ersten Phase des Netzwerkes zum einen darum, alle möglichen Netzwerkpartner im Stadtteil zu beteiligen, um einen regelmäßigen Austausch über kriminalitätsrelevante Personen und Gruppen zu ermöglichen, eine gemeinsame Definition von Kriminalitätsschwerpunkten zu erreichen, den Bedarf nach kriminalpräventiven Projekten in Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen sowie sozialen Gruppenarbeiten zu eruieren, vorhandene Angebote bekannter zu machen und neue Bündnisse oder Unterstützungssysteme zu etablieren. Zum anderen stand gerade zu Beginn ein zeitnahes, gemeinsames, koordiniertes und konsequentes Einschreiten bei Straftaten und Gewalthandlungen im Vordergrund der gemeinsamen Netzwerkarbeit. Als ein wesentlicher positiver Wirkfaktor erwies sich dabei die Beteiligung vieler Institutionen und Gruppen im Stadtteil. Insbesondere gelang es recht früh, einen stabilen Kontakt zu der zentralen Migrantenselbstorganisation der Mhallamiye-Gemeinde herzustellen: der libanesischen Familienunion. Im weiteren Verlauf beteiligte sich die Familienunion immer wieder an Aktionen im Stadtteil, was eine bedeutsame Signalwirkung für die als problematisch beschriebenen Jugendlichen hatte. Dabei sind wir von Anfang an Bestrebungen entgegengetreten, die als problematisch erlebten Gruppen auszugrenzen, sondern haben uns darum bemüht, sie in das Geschehen zu integrieren und immer wieder zu beteiligen.

3. Phase: Maßnahmen, Aktionen und Interventionen

Nach einer Phase der Stabilisierung des Netzwerkes wurde die zunächst überwiegend anlassbezogene Arbeit zunehmend durch präventiv angelegte Interventionen ergänzt. In der Gesamtschau bestand das Aktionsbündnis letztlich aus folgenden Maßnahmen, die bedarfsgerecht eingesetzt wurden:

- Polizeiliche Ermittlungsarbeit
- Straßensozialarbeit
- Interventionen bei Intensivtätern
- Interventionen bei Ersttätern
- Hausbesuche in den Familien
- Hausbesuche bei Beschwerdeführern
- Schlichtung von Wohnumfeld-Konflikten
- Einsätze in öffentlichen Verkehrsmitteln
- Krisenintervention an einzelnen Schulen
- (kriminal)präventiv angelegte Projekte an Schulen und anderen Institutionen
- Opferprävention
- Hausbegehungen bei Zuwanderern aus Süd-Ost-Europa²

In der Folge werden einige präventiv angelegte Projekte kurz beschrieben und über Maßnahmen und Aktionen berichtet, die eine einzelfallorientierte Arbeit ergänzten.

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

Von Beginn an wurden Bürgerinnen und Bürger an dem Aktionsbündnis beteiligt. Dies begann bereits mit öffentlichen Präsentationen der Befragungspläne und der Befragungsergebnisse in politischen Gremien und Bürgerversammlungen. Im Rahmen der Netzwerkarbeit sind regelmäßige Bürgersprechstunden eingerichtet worden, Beschwerden von Einzelnen erfuhren Berücksichtigung und die entsprechenden Interventionen sind persönlich zurückgemeldet worden. Mehrfach war das Thema Sicherheit Gegenstand von Informationsveranstaltungen im Stadtteil (z. B. im Rahmen der Altenessen-Konferenz). Es wurden Bürgerfeste organisiert und Aktionen z. B. gegen Vermüllung gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern geplant und durchgeführt.

Angebote für Jugendliche

Sportangebote wie Basketball, Krafttraining oder Fußball richteten sich insbesondere an die als auffällig beschriebene Gruppe von Jugendlichen. Zusätzlich erweiterten die zuständigen

2) Diese Hausbegehungen erfolgten im späteren Verlauf des Bündnisses aufgrund eines verstärkten Zuzuges von Zuwanderern aus Süd-Ost-Europa, denen Wohnungen vermittelt worden waren, die in einem mehr als erbärmlichen Zustand waren. Dem sich hier entwickelnden neuen „Geschäftsmodell“ sollte früh durch eine Kombination von Interventionen aus den Bereichen Kinderschutz, (Bau)Ordnungsrecht und polizeilicher Ermittlungsarbeit begegnet werden. Die zunächst eher an Sanktionen orientierten Maßnahmen wurden später dann auch für diese Gruppe durch Unterstützungsangebote ergänzt.

Anbieter ihr Angebot an alle Jugendlichen im Stadtteil. Weitere als problematisch beschriebene Gruppen sind im Rahmen aufsuchender Arbeit kontaktiert worden. Über diese Angebote konnte ein anderer Zugang zu einzelnen Jugendlichen gefunden werden, aus dem sich in der Regel eine individuelle Hilfe bei persönlichen Problemen entwickelte. Mit der Zeit wandten sich immer mehr Jugendliche mit ihren Anliegen an die zuständigen Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Diese sicherten im Rahmen von Hausbesuchen die Unterstützung durch die Eltern, nahmen bei Bedarf Kontakt zu den jeweiligen Schulen auf und bemühten sich um eine ganzheitliche Unterstützung bei individuellen Schwierigkeiten.

Kooperation und Projekte mit Schulen

Die Kooperation mit Schulen erfolgte zu Beginn zumeist über Einzelfälle, in denen Konflikte in Klassen oder Hofpausen eine große Rolle spielten. In dieser Phase stand oftmals die Orientierung an einzelnen als schwierig erlebten Schülerinnen und Schülern im Vordergrund. Ziel war in der Regel eine zeitnahe sichtbare Reaktion im Schulalltag, die Verfolgung von Einzelstraftaten und eher intensive repressive Maßnahmen. Häufiger kam es zu anlassbezogenen Einsätzen des Jugendkontaktbeamten in Schulklassen mit aktuellen Straftaten und zu anschließenden Hausbesuchen bei den als schwierig erlebten Schülerinnen und Schülern – sowohl mit dem Fokus auf Grenzsetzungen als auch mit Unterstützungsangeboten (z. B. sozialpädagogisch orientierte Angebote, Vermittlung in andere Unterstützungssysteme, Unterstützung bei der Beantragung von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket).

Recht bald veränderte sich die Kooperation jedoch in Richtung einer präventiven Orientierung auf das schulische Gesamtsystem. In einzelnen Schulen wurden Projekte initiiert, die sich jeweils mit jenen Themen beschäftigten, die oftmals Grundlage für Konflikte waren. So ist im Rahmen des Projektes „Surf Fair“ das Thema Cybermobbing bearbeitet worden. Das Projekt „Was ist Ehre“ richtete sich an Jugendliche, für die das Thema Ehre im Alltag häufig handlungsleitend war und die mit dem Begriff der „Ehre“ ihre Konflikte mit anderen Jugendlichen rechtfertigten. Im Projekt „Heroes“ standen erfolgreiche Lebensläufe von Jugendlichen im Vordergrund, die als positiv besetzte Vorbilder gelten können. An der Durchführung dieser Projekte beteiligten sich häufig Migrantenselbstorganisationen und/oder Vertreter der verschiedenen Religionsgemeinschaften.

In einer gemeinsamen Aktion mit der Schulleiterkonferenz sind für alle Schulen im Stadtbezirk Regeln für das Miteinander entwickelt worden³. In vielen Schulen wurden diese Regeln

3) Die drei formulierten Regeln lauten: 1. Wir achten und respektieren alle unsere Mitmenschen unabhängig von ihrer Religion und ihrer Nationalität. 2. Wir möchten zusammen lernen und arbeiten, deshalb helfen und unterstützen wir uns gegenseitig. 3. Wir möchten in einer Welt ohne Angst leben, deshalb gehen wir freundlich miteinander um und vermeiden jede Form von Gewalt.

dann in einer großen Aktion („Salam Alaikum“) mit der Schülerschaft und den Eltern verabschiedet und ihre Einhaltung durch eine Unterschrift bestätigt. Dies geschah unter Teilnahme von Vertretern der örtlichen Religionsgemeinschaften und der Polizei. Die Schulen bereiteten die Aktionen durch Projekte vor. Einzelne Klassen präsentierten ihre Projektergebnisse während der Veranstaltung, die zumeist in der Turnhalle der Schule stattfand. Die Aktionen endeten in der Regel damit, dass sich Schülerinnen und Schüler in einem Polizeiwagen fotografieren lassen konnten, der auf dem Schulhof stand.

Aktionen im öffentlichen Raum

Ein besonderer Wirkfaktor des gesamten Netzwerkes war sicherlich seine Präsenz im öffentlichen Raum. Beispielhaft seien an dieser Stelle drei exemplarische Aktionen beschrieben. Zum einen wurde im Rahmen des Netzwerkes zu einer Beteiligung an Aktionstagen aufgerufen, an denen es um die Beseitigung von Müll im Stadtteil ging. Eine Vielzahl von Netzwerkpartnern beteiligte sich an der Aktion. Positiv besetzt war insbesondere auch die große Beteiligung von Migrantenselbstorganisationen, die gängigen Stereotypen deutlich widersprach.

Bei einer weiteren Intervention im öffentlichen Raum ging es um eine deutliche Reaktion auf als provokant und übergriffig empfundenes Verhalten von Jugendlichen in einer bestimmten Buslinie. Diese Buslinie verbindet eine Reihe von Schulen im Bezirk – insbesondere auch solche Schulen, denen eine eher problematische Schülerschaft attestiert wird. Im Rahmen einer vorbereiteten Aktion saßen eines Morgens junge Polizeianwärter inkognito in den Bussen dieser Linie. Als Jugendliche – wie als üblich beschrieben – andere Fahrgäste provozierten und belästigten, schritten die angehenden Polizeibeamten ein. Der Bus hielt auf offener Straße, die Jugendlichen mussten aussteigen und es erfolgte die Feststellung der Personalien – inklusive entsprechender polizeilicher Ansprachen und folgender Hausbesuche. Über Mobiltelefone wurde die Aktion in Windeseile unter den Jugendlichen im Stadtteil verbreitet, so dass Provokationen und Übergriffe für einige Zeit unterblieben. Als Bürgerinnen und Bürger sich erneut über Jugendliche in den Bussen beschwerten, wurde die Aktion nicht wiederholt, sondern eine kreative Variante gewählt. Wie bei vielen anderen Maßnahmen hatten sich auch an der Aktion in den Bussen Vertreter von Migrantenselbstorganisationen beteiligt. In der Folge setzten sich nach zunehmenden Beschwerden einzelne Netzwerker aus dieser Gruppe in die Busse. Sie wurden sofort als Angehörige des Netzwerkes identifiziert und über Mobiltelefone verbreitete sich die Nachricht unter den Jugendlichen, dass an diesem Tag erneut eine Polizeiaktion stattfinden würde. In Erwartung der Aktion verhielten sich die Jugendlichen anders – und das Eingreifen der Polizei war scheinbar nicht mehr erforderlich.

Eine dritte im öffentlichen Raum deutlich wahrnehmbare Aktion war die Entwicklung eines Sicherheitskonzeptes für Kirmesveranstaltungen im Stadtteil. Hier hatte im Frühjahr 2011 eine Schlägerei zwischen Gruppen von Jugendlichen am Autoscooter zum Abbruch der Frühjahrskirmes geführt. Bei den nächsten anstehenden Festen im Stadtteil entspannte sich im Vorfeld eine Diskussion um die Sicherheit bei solchen Festen. Eltern äußerten Bedenken, mit ihren Kindern das Fest zu besuchen. Geschäftsleute befürchteten kräftige Einbußen, Schausteller fürchteten um ihre Existenz, da der Spielort kurz vor der Aufgabe stand. In dieser Situation entwickelte das Aktionsbündnis ein Sicherheitskonzept für die nächste anstehende Kirmesveranstaltung. Neben genuin polizeilichen Maßnahmen organisierten Vertreter des Netzwerkes einen Stand mit Aufenthaltsmöglichkeiten direkt gegenüber dem Autoscooter. Hier waren Jugendamt, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen direkt für die Bürgerschaft und auch die als problematisch erlebten Jugendlichen ansprechbar. Darüber hinaus war an diesem Stand insbesondere die libanesische Familienunion durch zahlreiche Väter vertreten. Die zugrundeliegende Idee war, dass die Jugendlichen sich in der unmittelbaren Gegenwart ihrer Väter anders verhalten würden als zuvor. Das Konzept erwies sich als äußerst erfolgreich, allerdings wurde die Anwesenheit einer großen Gruppe von Vätern aus der Mhallamiye-Gemeinden an dem Stand nicht uneingeschränkt positiv und teilweise auch als bedrohlich empfunden. Als Konsequenz beteiligten sich an der darauffolgenden Stadtteilveranstaltung nicht die Väter, sondern die Müttergruppe der libanesischen Familienunion. Zusammen mit den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen organisierten die Mütter Spiel- und Schminkaktionen für Kinder, die am Stand des Netzwerkes stattfanden.

Mediale Begleitung

Sämtliche Aktionen des Netzwerkes wurden immer wieder an die örtliche Presse kommuniziert und Pressevertreter zu einzelnen Aktionen eingeladen. Bedingt durch eine zunehmende bundesweite Diskussion um „No-go-Areas“ fragten auch überregionale Medienvertreter an und baten um Informationen über das Netzwerk. So wurde in Zeitungen und auch im Fernsehen überwiegend positiv über das Aktionsbündnis berichtet. In der Konsequenz ergab sich auch für den Stadtteil eine zunehmend positivere Außendarstellung.

Fazit und Ausblick

Betrachtet man das Aktionsbündnis aus der Perspektive des Konzeptes zur Neuen Autorität (z. B. Omer & Streit, 2016; Omer & Schlippe, 2010), so fällt möglicherweise zuerst auf, dass mit Vertretern der Polizei eher Netzwerkpartner beteiligt waren, die man auf den ersten Blick nicht mit einer Neuen Autorität in Verbindung bringt. Aus unserer Sicht haben wir allerdings sowohl bei der Planung der aufsuchenden Befragung als auch bei der Etablierung des Netzwerkes wesentliche Aspekte der Neuen Autorität berücksichtigt.

Zum einen ging es uns früh darum, der konstatierten Machtlosigkeit im Stadtteil durch erneute Handlungsfähigkeit und Selbstkontrolle zu begegnen. Konsequenterweise orientierten wir uns von Beginn an an den im Stadtteil vorhandenen Ressourcen. Zum anderen spielte es im gesamten Aktionszeitraum eine große Rolle, Protest und Widerstand zu zeigen: gegen kriminelles Verhalten, gegen unangemessenes Verhalten im Sozialraum und gleichzeitig auch gegen die Dämonisierung des Sozialraums. Zum Dritten lag ein deutlicher Schwerpunkt des gesamten Aktionsbündnisses in der Etablierung von unterschiedlichsten Formen sozialer Unterstützung – durch die Aktivierung von vorhandenen Netzwerken und die Etablierung von neuen Bündnissen und Unterstützungssystemen. Schließlich spielten auch – im weiteren Sinne – Gesten der Versöhnung eine wichtige Rolle im Netzwerkgeschehen. Von Anfang an sind wir Bestrebungen entgegengetreten, die als problematisch erlebten Gruppen auszugrenzen, sondern haben uns darum bemüht, sie in das Geschehen zu integrieren und immer wieder zu beteiligen.

Aus unseren Erfahrungen können wir einige Faktoren benennen, die sich positiv auf den Erfolg von kriminalpräventiven Netzwerken auswirken. Zum einen erscheint die geografisch eher kleinräumige Ausdehnung des Sozialraums hilfreich gewesen zu sein, um Problemlagen vor Ort recht schnell zu erfassen, zu analysieren und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Zum zweiten hat es sich bewährt, neben den überwiegend operativ tätigen Netzwerkpartnern (Polizei, Jugendamt und AWO) eine Vielzahl an Institutionen vor Ort zu beteiligen, die ihrerseits wiederum feste Ansprechpartner im Netzwerk benannten sowie einen regelmäßigen offenen Austausch ermöglichten. Insbesondere die Beteiligung der Migrantenselbstorganisationen und der Geschäftsleute vor Ort hat jeweils aus unterschiedlichen Gründen und Interessenslagen zum Erfolg der Maßnahmen beigetragen. Grundsätzlich hat die gemeinsame Arbeit im Netzwerk dabei berücksichtigt, dass die einzelnen Netzwerkpartner neben einer hohen kooperativen Orientierung auch mehr oder minder deutlich unterschiedlichen Interessen, Aufgaben und Aufträgen folgen mussten.

Weiterhin war das Netzwerk da besonders erfolgreich, wo es gelang, Mitwirkungs- oder Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Dabei ging es nicht nur um eine Teilhabe an den Erfolgen, sondern vor allem auch um die Berücksichtigung von kritischen Stimmen und Themen. Kritische Rückmeldungen und Berichte immer wieder aufzugreifen und möglichst zeitnahe Lösungen zu suchen, hat skeptische Stimmen vor allem in der Bürgerschaft zunehmend von der Arbeit des Aktionsbündnisses überzeugt. Aus unserer Sicht müssen Bürgerinnen und Bürger gerade dort beteiligt werden, wo Stadtteile mit schwierigen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen zu kämpfen haben und wo in der Folge Eskalationen drohen. In diesem Sinne beugt Bürgerbeteiligung Eskalationen vor und greift auf die vorhandenen Ressourcen und Resilienzen der Quartiere zurück. Im Aktionsbündnis erhielten wir hier im zunehmenden Verlauf große Unterstützung durch die zu-

ständige Stadtteilmoderatorin, die im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ vor Ort aktiv war.

Ferner haben sich unmittelbare und zeitnahe Reaktionen auf Straftaten oder Gewalthandlungen als äußerst wirksam erwiesen. Neben der damit verbundenen repressiven Orientierung ging es uns insbesondere auch darum, aufsuchende Arbeit zu betreiben, Beratung, Unterstützung und Hilfen vor Ort anzubieten sowie das Wohnen und das soziale Miteinander in der Nachbarschaft zu fördern und intensive, lebensnahe Hilfen anzubieten. Den Aushandlungsprozess zwischen als notwendig erachteten Sanktionen und Unterstützungsangeboten sensibel und situativ zu steuern, erscheint uns im Nachhinein als einer der besonders herausfordernden Aspekte der Netzwerkarbeit gewesen zu sein. Schließlich bedurfte es aus unserer Sicht einer gehörigen Portion an Kreativität und unkonventioneller Lösungsansätze, um auch in schwierigen Situationen neue Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Bei allen Erfolgen ist es (noch) nicht gelungen, den in 2010 entstandenen Eindruck über den Sozialraum dauerhaft zu revidieren. Bis in die heutige Zeit hinein wird Altenessen immer wieder als Beispiel genannt, wenn in der Öffentlichkeit über Orte diskutiert wird, in denen sich Bürgerinnen und Bürger unsicher fühlen. Gleichzeitig hat sich der Stadtbezirk in der Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger positiv gewandelt. Sie treten vehement für ihren Stadtteil ein, wenn in Medien einmal mehr über sogenannte „No-go-Areas“ gesprochen wird. Und die Arbeit im Netzwerk wird fortgesetzt. Verabredungsgemäß wurde die Finanzierung der Koordinationsfunktion zu Jahresbeginn nach fünf Jahren eingestellt. In der nächsten Phase geht es nun darum, die etablierten Strukturen beizubehalten und in Regeldienste zu überführen. Ziel ist es zudem, die erfolgreichen Netzwerkstrukturen auf weitere Stadtbezirke zu übertragen.

Literatur

- Klink, A., Rütth, T. (2011a). Aufsuchende Befragung Essen Altenessen. Ergebnisbericht – Kurzzusammenfassung, Einschätzungen und Handlungsempfehlungen. Essen: Jugendhilfe Netzwerk der AWO Kreisverband Essen.
- Klink, A., Rütth, T. (2011b). Aufsuchende Befragung Essen Altenessen. Ergebnisbericht – ausführliche Version. Essen: Jugendhilfe Netzwerk der AWO Kreisverband Essen.
- Omer, H., Schlippe, A.v. (2010). Stärke statt Macht: Neue Autorität in Familie, Schule und Gemeinde. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Omer, H., Streit, P. (2016). Neue Autorität: Das Geheimnis starker Eltern. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Andreas Klink, Diplom-Psychologe, Systemischer Therapeut und Berater (SG), Systemischer Supervisor (SG) und Lehrtherapeut (SG). Langjährige freiberufliche Tätigkeit u. a. in der Familien- und Jugendhilfe, pädagogischer Leiter im Jugendhilfe Netzwerk der AWO Essen und Lehrtherapeut im IFW.

Thomas Rütth, Diplom-Sozialarbeiter, Gründer und Leiter des Jugendhilfe Netzwerk der AWO Essen. Langjährige Erfahrungen in der sozialräumlich orientierten Jugendhilfe mit deutlichen Schwerpunkten in (kriminal)präventiven Projekten und im Quartiersmanagement. Koordinator des hier beschriebenen Aktionsbündnisses.